

## DIE WAHL ZUM LANDTAG IN SCHLESWIG-HOLSTEIN AM 7. MAI 2017 WAHLNACHTBERICHT UND ERSTE ANALYSE

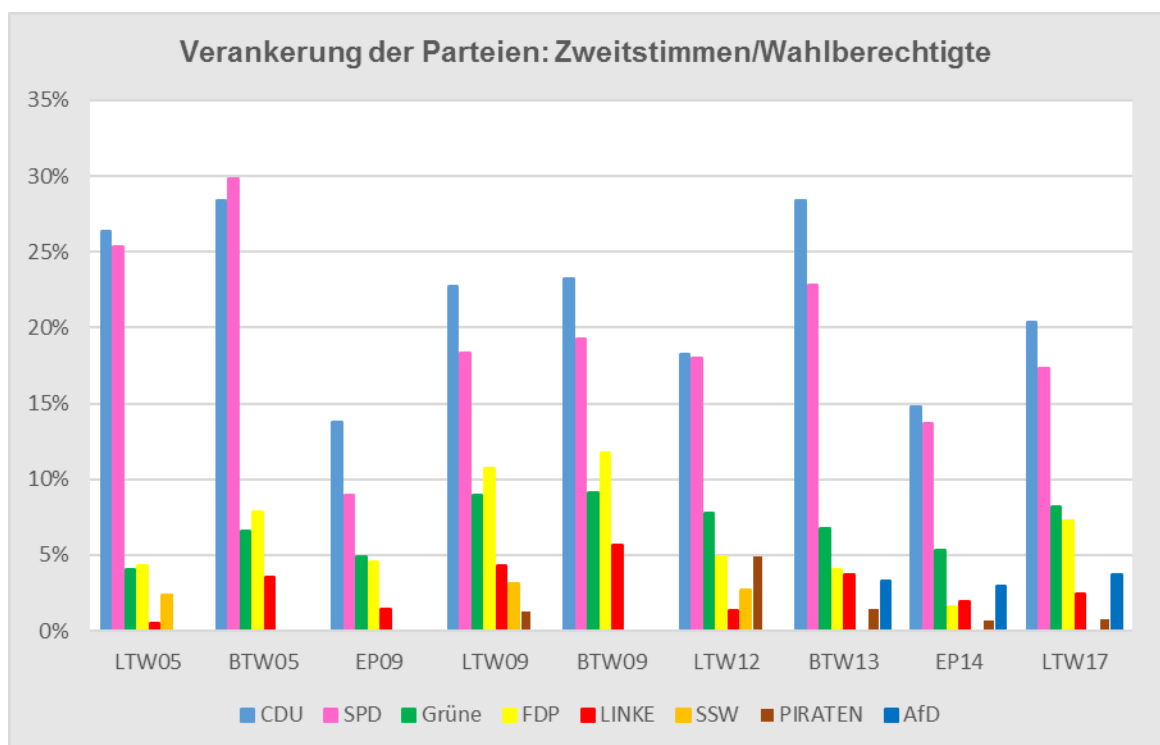
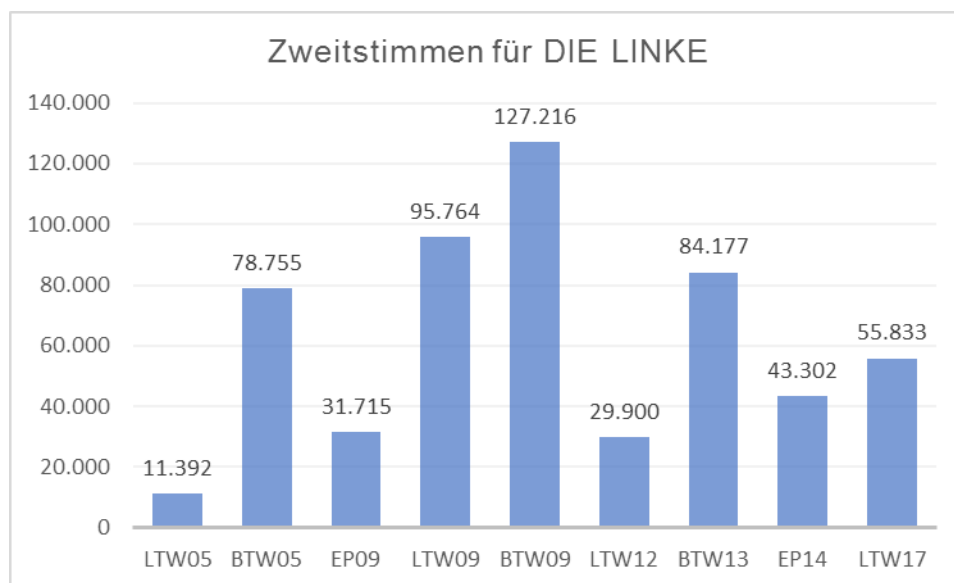
### Das Ergebnis in der Übersicht

Das vorläufige Ergebnis der Landtagswahl vom 7. Mai 2017 (Zweitstimmen)									
	Landtagswahl 2017, vorläufig			Landtagswahl 2012			Veränderung		
	Stimmen	in v.H.	Mandate	Stimmen	in v.H.	Mandate	Stimmen	in v.H.	Mandate
Wahlberechtigte	2.310.841			2.240.148			70.693	3,2%	
Wähler_innen	1.484.453	64,2%		1.347.257	60,1%		137.196	10,2%	
Gültige Stimmen	1.470.548		73	1.326.627		69	143.921	10,8%	
CDU	470.312	32,0%	25	408.573	30,8%	22	61.739	15,1%	3
SPD	400.635	27,2%	21	403.783	30,4%	22	-3.148	-0,8%	-1
FDP	168.521	11,5%	9	108.902	8,2%	6	59.619	54,7%	3
GRÜNE	189.728	12,9%	10	174.752	13,2%	10	14.976	8,6%	0
SSW	48.941	3,3%	3	61.022	4,6%	3	-12.081	-19,8%	0
PIRATEN	17.053	1,2%		108.740	8,2%	6	-91.687	-84,3%	-6
LINKE	55.833	3,8%		29.868	2,3%	0	25.965	86,9%	0
AfD	86275	5,9%	5		0,0%		86.275		5
NPD	-			9.821	0,7%	0			0
Sonstige	33.250	2,3%		22.211	1,7%	0	11.039	49,7%	0

## INHALT

Zusammenfassung des Wahlergebnisses und erste Bewertung .....	3
Einzelne Aspekte des Wahl- und Parteiensystems in Schleswig-Holstein .....	5
Auskünfte der Vorwahl- und Wahltagsbefragungen .....	8
Wahlentscheidende Themen .....	11
Wer wählte wen? .....	13
Ausgewählte Wählerwanderungen.....	18

Zweitstimmen – Gewinne/Verluste		
CDU	61.739	15,1%
SPD	-3.148	-0,8%
FDP	59.619	54,7%
GRÜNE	14.976	8,6%
SSW	-12.081	-19,8%
PIRATEN	-91.687	-84,3%
LINKE	25.965	86,9%
AfD	86.275	
Sonstige	11.039	49,7%



## ZUSAMMENFASSUNG DES WAHLERGEBNISSES UND ERSTE BEWERTUNG

Erneut ist bei einer Landtagswahl eine Regierungskoalition abgewählt worden. Alle Parteien der „Küstenkoalition“ mussten Verluste hinnehmen (Stilblüte des Wahlabends: „Küstenkoalition geht baden“ – ZDF). Die SPD büßte am stärksten ein. Mit hoher Wahrscheinlichkeit wird erstmals seit der Landtagswahl in Thüringen 2014 auch das Ministerpräsidentenamt zu einer anderen Partei wechseln. Die SPD verliere damit erstmals seit langem wieder ein Ministerpräsidentenamt, die Union gewönne ein neues hinzu.

Bundespolitisch wird das Wahlergebnis als starker Rückenwind für die Union und Kanzlerin Merkel sowie zu einem herben Rückschlag für die Ambitionen des SPD-Vorsitzenden und Kanzlerkandidaten Martin Schulz gedeutet werden, eine Deutung, die am kommenden Wahlsonntag in Nordrhein-Westfalen Bestätigung finden könnte.

Doch anders als die Landtagswahlen 2016 zeigt die Wahl in Schleswig-Holstein – wie schon diejenige im Saarland – ein hohes Maß an landespolitischen Merkmalen und nur eine relativ geringe bundespolitische Überformung.

Die **Wahlbeteiligung** steigt deutlich an gegenüber dem historischen Tiefstand 2012 (vorl. 64,3%). Damals gingen nur gut 60% der Wahlberechtigten zur Wahl, was vor allem auf eine Demobilisierung im CDU-Lager zurückzuführen war. Entsprechend war es die CDU, die jetzt bei Nichtwählern gewinnen konnte. Als unmäßig übersteigert erwiesen sich alle Annahmen und Thesen, die AfD würde in erheblichem Maße Nichtwähler gewinnen können. Sie profitierte kaum von der gestiegenen Wahlbeteiligung, ein Beleg für die geringe bundespolitische Aufladung der Wahl. 2016 war es vor allem auch das bundespolitische Thema, welches bundespolitisch, aber nicht landespolitisch interessierte Bürgerinnen und Bürger mobilisierte.

Die **SPD** nähert sich relativ wieder ihrem historisch schlechten Ergebnis von 2009 an, obwohl sie absolut nur 0,8% der Zweitstimmen von 2012 verliert. Der Wahlerfolg 2012 erscheint nun als Scheinerfolg auf Grund der gesunkenen Wahlbeteiligung und Demobilisierung von CDU-Wählern. Die Person des Ministerpräsidenten kann nicht, wie etwa Kretschmann, Dreyer, SELLERING, auch Haseloff, für die Partei mobilisieren. Die Niederlage der SPD ist somit eine dreifache: für die Landespartei, für den Ministerpräsidenten und für das hybride neue „Selbstbewusstsein“ der Bundes-SPD. Der Umfrage-Aufschwung scheint auf dem Flugsand von Stimmungen gebaut.

Die **Union** hat die Wahl gewonnen, weil es ihr gelungen ist, ihr traditionelles Wählerpotential zu stärker mobilisieren, ohne es bereits auszuschöpfen. Der Wahlsieg Union verdankt sich keiner ausgeprägten Wechselstimmung im Land. Ein Regierungswechsel mit Ministerpräsidentenwechsel wäre eher eine nichtbeabsichtigte, aber auch nicht wirklich abgelehnte Folge.

Die **Grünen** erreichen in etwa das Ergebnis der Projektionen der Umfragen vor dem Wahltag. Das zweistellige Ergebnis ragt einerseits in der bundespolitischen Umfrage-Tristesse heraus, andererseits ist es gegen die Bundes-Grünen erzielt worden. Der Landesverband machte mit seinen Spitzenkandidaten Habeck und Heinold Wahlkampf in klarer Abgrenzung zur Bundespartei. Die Grünen erzielten ihr gutes Ergebnis vor allem bei Frauen und akademischen Berufstätigen, ihre Wählerschaft zeigt eines der stärksten sozialen Klassenprofile aller Anhängerschaften. Zum Wahlerfolg der Grünen zählt vor allem, dass eine Regierungsbildung ohne ihre Beteiligung nicht möglich sein wird, es sei denn, CDU und SPD bildeten auch im „echten Norden“ eine hier noch wirklich große Koalition.

Die **FDP** gewinnt deutlich hinzu, dank ihres ewigen Spitzenkandidaten Kubicki. Da auch in Nordrhein-Westfalen für die FDP gute Aussichten auf einen Einzug in den Landtag bestehen, kann die FDP mit starkem Rückenwind in den Bundestagswahlkampf ziehen. In Schleswig-Holstein ist eine weitere Regierungsbeteiligung möglich.

Der **SSW** verliert ein gutes Prozent. Möglicherweise rächt sich hier, dass der SSW erstmals in eine Koalitionsregierung eingetreten war.

Die **AfD** überwindet zwar klar die Sperrklausel und zieht in das 12. Landesparlament ein, doch mit dem prozentual schlechtesten Ergebnis aller Landesverbände. Ein wesentlicher Grund dafür liegt darin, dass der AfD gegenwärtig die „günstige Gelegenheit“ fehlt, um Wut und Empörung über die Politik der anderen Parteien zu schüren. Die Dynamik, die sie aus der Flüchtlingspolitik gezogen hatte, ist aktuell gebrochen. Ob dieses Thema bis zur Bundestagswahl wiederkehrt oder generell unter der Überschrift „Ausländer“/„Islam“ eine neue populistische Dynamik entfacht werden kann, ist derzeit offen.

Die **Piratenpartei** verschwindet sang- und klanglos aus dem Landtag. Sie war auch in Schleswig-Holstein nicht in der Lage, Wähler zu binden, behält aber bei jungen Wählern eine durchaus beachtliche Attraktivität. Vermutlich wird sie in die bundesdeutsche Parteigeschichte als Lehrbeispiel dafür eingehen, wie man eine günstige politische Gelegenheit verspielen kann. Gleichzeitig gibt es keine Anzeichen, dass das ehemalige Wählerpotential der Partei anderswo heimisch geworden ist.

**DIE LINKE** verpasst den Einzug in den Kieler Landtag erneut, auch wenn das Ergebnis besser ausfällt als 2012 (absolute Stimmen: +87%). Eine kräftige Brise Rückenwind für die kommenden Wahlen sieht indes anders aus, zumal die Umfragen den Einzug in den Landtag möglich erscheinen ließen. Bereits 2012 hatten wir im Wahlbericht analysiert, dass der Einzug in den Landtag 2009 nur im Windschatten der gleichzeitig stattfindenden Bundestagswahl gelungen war und anschließend keine angemessene Parteiorganisation und Mitgliederdichte aufgebaut werden konnte. 2017 scheint sich daran wenig geändert zu haben, auch wenn die überdurchschnittlichen Ergebnisse bei jüngeren Wählern und in städtischen Regionen (Flensburg 7,0%; Kiel 7,2%; auf die Anziehung ehemaliger Piratenwähler und generell einer neuen, jüngeren Generation hindeuten. Insofern reiht sich das Wahlergebnis ein die Reihe etlicher anderer Ergebnisse seit 2011 ein – als zartes Hinweis auf einen beginnenden Wechsel in Mitglied- und Wählerschaft, der aber noch keine politische Durchschlagskraft entwickelt.

**Koalitionsbildung:** Nach dem Stand der letzten Hochrechnung von 01:11 in der Wahlnacht – es fehlen die Ergebnisse von drei Gemeinden im Wahlkreis 16 – wird der neue Landtag 73 Abgeordnete umfassen, für eine Regierungsmehrheit werden also 37 Stimmen benötigt. Damit ist eine Fortsetzung der bisherigen Regierungskoalition (34 Mandate) nicht möglich, ebenso keine Zweierkoalition, etwa aus CDU und Grünen (35 Mandate). Es wird eine Dreierkoalition (Modell „Jamaika“ oder Modell klassische „Ampel“) gebildet werden müssen, wenn es nicht zu der im Norden wenig beliebten Großen Koalition kommen soll.

# EINZELNE ASPEKTE DES WAHL- UND PARTEIENSYSTEMS IN SCHLESWIG-HOLSTEIN

## Wahlsystem

Der Landtag des Landes Schleswig-Holstein wird in einer personalisierten Verhältniswahl mit geschlossenen Listen gewählt. Der Landtag besteht aus mindestens 69 Mitgliedern, von denen 35 Mandate „direkt“ vergeben werden. Es besteht eine Sperrklausel in Höhe von 5%. Von dieser Sperrklausel ist der „Südschleswigsche Wählerverband“ SSW, die Partei der dänischen Minderheit im Land, ausgenommen. Erstmals für die Landtagswahl 2017 wurde das Wahlalter von 18 Jahren auf 16 Jahren gesenkt, mit den Stimmen von SPD, Grünen, SSW und Piraten.

## Wahlbeteiligung

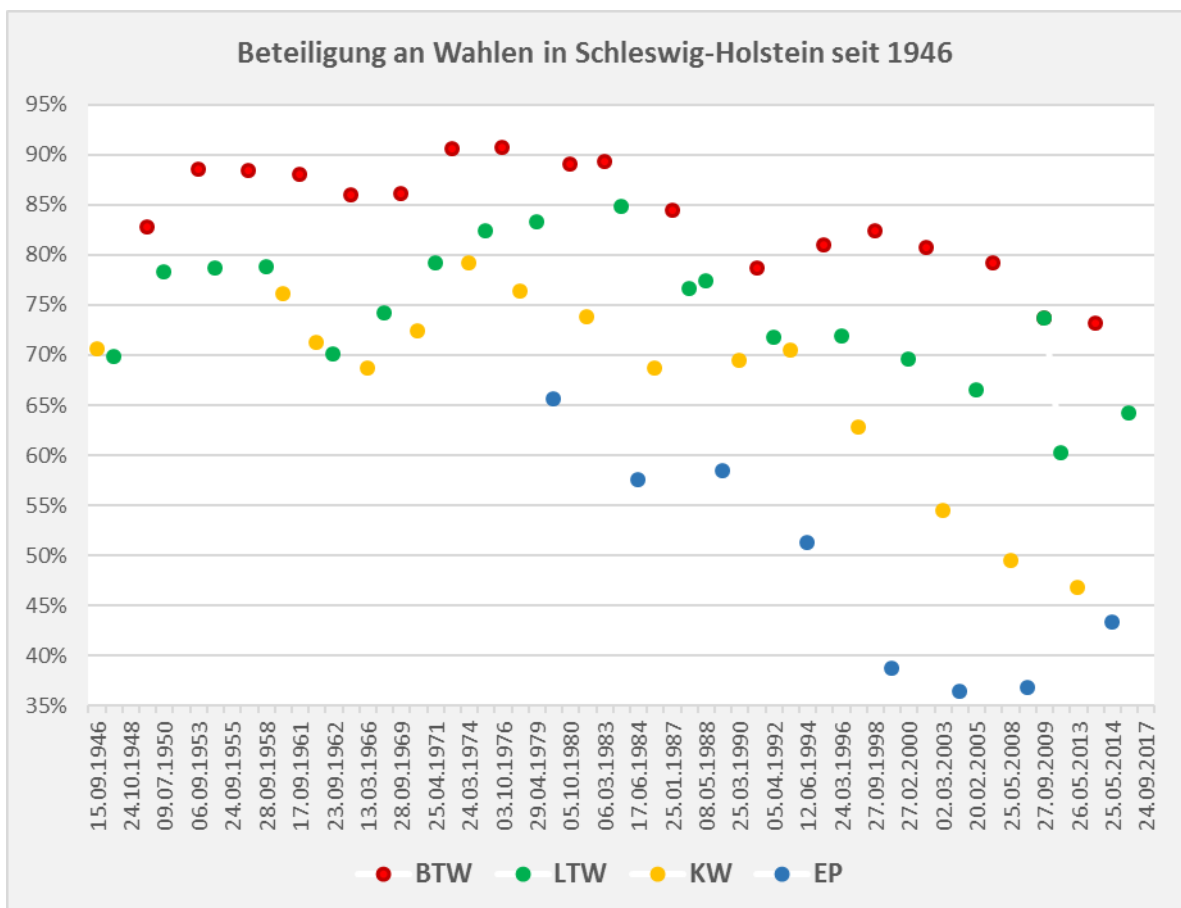
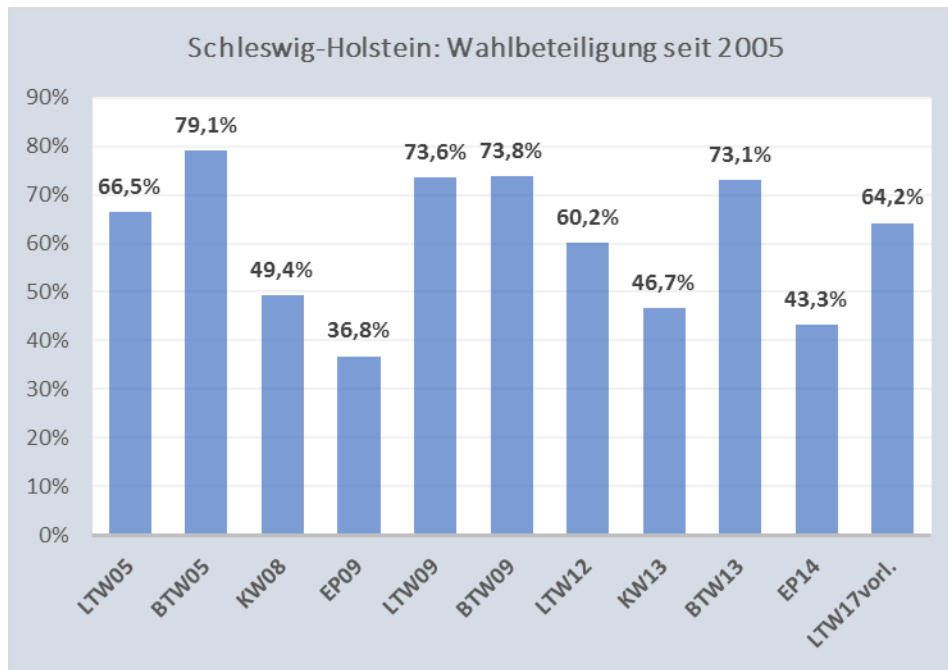
Die Wahlbeteiligung in Schleswig-Holstein schwankt in den vergangenen zwölf Jahren erheblich. Einen Tiefpunkt erreichte sie bei der Wahl zum Europäischen Parlament im Jahr 2009 mit 36,8%, einen relativen Höchststand bei der Bundestagswahl 2005 mit 79,1%. Bei den folgenden Bundestagswahlen lag sie mit gut 73% über dem Bundesdurchschnitt. Die aktuelle Wahlbeteiligung 2017 lag mit voraussichtlich 64,3% etwa auf dem Niveau der Beteiligung an der Landtagswahl 2005, damit deutlich über derjenigen bei der vorgezogenen Wahl 2012, die hinsichtlich der Wahlbeteiligung mit 60,5% einen Tiefstand verzeichnete. Bei der Landtagswahl 2009 war sie außerordentlich hoch, da die Landtagswahl am gleichen Tag wie die Bundestagswahl stattfand.

**Wem nutzte die gestiegene Wahlbeteiligung?** Bei den Landtagswahlen 2016 setzte sich mehrheitlich die Auffassung fest, die AfD sei für die gestiegene Beteiligung verantwortlich, es sei ihr gelungen, in Größenordnung Nichtwähler zu mobilisieren. Diese Einschätzung verdankte sich einem voreiligen Blick auf das Saldo von Gewinnen und Verlusten der Parteien gegenüber der Wahlenthaltung. Tatsächlich sank bei den Landtagswahlen 2014 und 2015 die Beteiligung trotz Wahlantritt der AfD. 2016 erreichten auch Grüne (Baden-Württemberg), SPD (Rheinland-Pfalz, Mecklenburg-Vorpommern) und Union im Zuge einer personalisierten Zuspitzung des Kampfes um das Amt des Ministerpräsidenten z.T. höhere Zustimmung unter vorherigen Nichtwählern als die AfD. Der Nachweis, dass die AfD zu einem relevanten Teil „politikverdrossene“ Dauernichtwähler gewinnen konnte, fehlt ebenfalls bis heute.

Gewinne bei Nichtwählern		
	Salden Wahlenthaltung	
CDU	58.000	46%
SPD	30.000	24%
Grüne	10.000	8%
FDP	16.000	13%
AfD	11.000	9%
Summe	125.000	100%
Andere	-5.000	

Infratest dimap, www.tagesschau.de, 20:45

Die Wahl in Schleswig-Holstein zeigt nun, dass es keiner neuen Partei bedarf, um Nichtwähler gewinnen zu können. Infratest dimap errechnete, dass im Saldo der Zu- und Abwanderung zwischen Parteien und Nichtwählern 125.000 ehemalige Nichtwähler sich 2017 für eine Partei entschieden. Nur 11.000 entschieden sich für die AfD (9%). Würde man nur die Bewegung von Nichtwahl zu Parteiwahl betrachten, läge dieser Anteil noch niedriger, allerdings standen diese Zahlen in der Wahlnacht noch nicht zur Verfügung.



Der Rückblick bis zur ersten Nachkriegswahl zeigt noch deutlicher als der Blick zurück bis 2005, dass sich die Wahlbeteiligung (auch) in Schleswig-Holstein nach den verschiedenen institutionellen Bedeutungen ausdifferenziert hat. Es kann nicht von einer allgemeinen Parteien-, Demokratie- oder Politikverdrossenheit gesprochen werden. Nimmt man die Beteiligung an Bundestagswahlen als ein Maß für das politische Interesse, so ginge dies zwar zurück, es zeigte sich aber zugleich, dass die Bürgerinnen und Bürger durch ihre unterschiedli-

che Beteiligung auch ein Urteil fällen über die Bedeutung, die sie Kommunen und Landtagen für ihren Lebensalltag zumessen. Dieses Urteil deckt sich durchaus mit der Verteilung von Kompetenzen und Ressourcen auf die verschiedenen Ebenen.

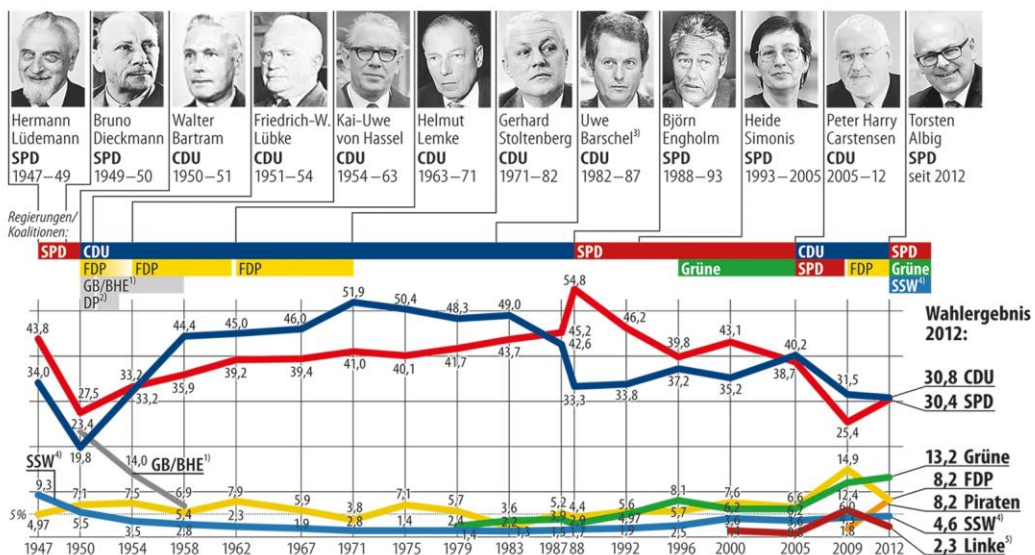
### Verankerung der Parteien

Die CDU besitzt strukturell die stärkste Verankerung unter den Wahlberechtigten. Bei der Bundestagswahl 2005 erreichte sie die Zustimmung von gut 28% der Wahlberechtigten, ebenso bei der Bundestagswahl 2013. Bei der Landtagswahl 2012 blieb sie mit 18% deutlich unter ihrem Potential, während sie es 2017 ähnlich gut ausschöpfen konnte wie 2009 und 2005. Das Potential der SPD sank hingegen von der Bundestagswahl 2005 (knapp 30% der Wahlberechtigten) auf knapp 23% in 2013, das Landtagswahlergebnis 2012 war nicht besser als dasjenige 2009. Der Wahlerfolg 2012 war eher ein Schwächeanfall der Union als wiedererlangte Stärke der SPD.

Schleswig-Holstein: Verteilung der Stimmen auf alle Wahlberechtigten									
	LTW05	BTW05	EPO9	LTW09	BTW09	LTW12	BTW13	EP14	LTW17
Nichtwähler	33,5%	20,9%	63,2%	26,4%	26,2%	39,8%	26,9%	56,7%	35,8%
Ungültige Stimmen	0,9%	1,1%	0,4%	1,5%	1,6%	0,9%	0,8%	0,3%	0,6%
CDU	26,3%	28,4%	13,8%	22,7%	23,2%	18,2%	28,4%	14,8%	20,4%
SPD	25,4%	29,8%	9,0%	18,3%	19,3%	18,0%	22,8%	13,7%	17,3%
Grüne	4,1%	6,6%	4,9%	9,0%	9,1%	7,8%	6,8%	5,3%	8,2%
FDP	4,3%	7,9%	4,6%	10,8%	11,7%	4,9%	4,1%	1,6%	7,3%
LINKE	0,5%	3,6%	1,4%	4,3%	5,7%	1,3%	3,7%	1,9%	2,4%
SSW	2,4%			3,1%		2,7%			
PIRATEN				1,3%		4,9%	1,4%	0,7%	0,7%
AfD							3,3%	2,9%	3,7%
Sonstige	2,6%	1,7%	2,7%	2,6%	3,0%	1,4%	1,8%	2,0%	1,1%
CDU und SPD	51,7%	58,2%	22,8%	41,1%	42,6%	36,3%	51,2%	28,5%	37,7%
CDU, FDP	30,7%	36,3%	18,4%	33,5%	35,0%	23,1%	32,4%	16,4%	27,6%
SPD, Grüne, LINKE	30,0%	40,0%	15,3%	31,6%	34,2%	27,2%	33,4%	21,0%	28,0%
SPD, Grüne, SSW	31,8%	36,4%	13,9%	30,4%	28,4%	28,6%	29,6%	19,1%	25,5%

### Landtagswahlen in Schleswig-Holstein 1947 bis 2012

Ministerpräsidenten, Koalitionen und Stimmenanteile ausgewählter Parteien in Prozent



1) Gesamtdeutscher Block/Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten. 2) Deutsche Partei (1950 9,6, 1954 als SHB 5,1 Prozent, bis 1953 in Koalition). 3) Gefolgt von Oktober 1987 bis Mai 1988 von Henning Schwarz (CDU) als Ministerpräsident einer geschäftsführenden Landesregierung. 4) Südschleswiger Wählerverband (1947-SSV), von 5-Prozent-Hürde befreit. 5) PDS/Linke. Quellen: Statistisches Bundesamt; F.A.Z.-Archiv / Fotos Archiv (5), fpa, Klemm, AP, Ellmes, imo, Fricke, dpa / F.A.Z.-Grafik Heumann

<http://www.faz.net/aktuell/politik/wahl-in-schleswig-holstein/wahl-in-schleswig-holstein-auf-die-kleinen-kommt-es-an-15003748/infografik-landtagswahlen-in-15002268.html>

Gleichzeitig steigt die Zahl derjenigen Wahlberechtigten, die auf der Suche nach einer neuen Partei sind oder jeweils nach politischer Gelegenheits- und Stimmungslage entscheiden. Davon profitieren wahlweise FDP, LINKE, Grüne, Piratenpartei, aktuell vermutlich auch die AfD. Diese Suchbewegungen weisen zwei charakteristische Merkmale auf: Sie sind bei jüngeren Wählern deutlich stärker ausgeprägt als bei älteren und bei „Arbeitern“ bzw. Wahlberechtigten mit einem „einfachen“ Bildungsabschluss als bei Angestellten oder Wahlberechtigten mit Hochschulabschluss (siehe Abschnitt „Wer wählte was“?)

## AUSKÜNFTEN DER VORWAHL- UND WAHLTAGSBEFRAGUNGEN

### Entwicklung der politischen Stimmung im Land – Projektion „Sonntagsfrage“

Zu Beginn des Wahlkampfes sah es in den Umfragen danach aus, dass die SPD stärkste Partei werden und die Regierungskoalition ihre Arbeit fortsetzen könnte, wobei allerdings offen blieb, wie sich ein Einzug von AfD und Linkspartei auf die Mehrheitsverhältnisse auswirken würde. In den Umfragen nach der Saarland-Wahl wendete sich das Umfrageblatt. Die CDU holte auf und rangierte in den letzten Umfragen vor der SPD, gleichzeitig sanken die Persönlichkeitswerte für den Ministerpräsidenten und diejenigen für den CDU-Kandidaten Daniel Günther legten zu. In Schleswig-Holstein kann anders als bei vorherigen Landtagswahlen nicht die Rede davon sein, dass es unter den Wählerinnen und Wählern eine echte Stimmung pro Amtschef gegeben hätte, mit der Albig wie SELLERING, DREYER oder KRETSCHMANN seine Partei gezogen hätte.

Ergebnisse der Umfragen zur politischen Stimmung und "Sonntagsfrage"										
		CDU	SPD	GRÜNE	FDP	LINKE	SSW	PIRAT.	AfD	Sonstige
Infratest	07.05.2013	34%	31%	15%	6%	3%	4%	3%	=	4%
Infratest	31.10.2014	34%	29%	15%	3%	5%	3%	2%	7%	2%
Forsa	16.04.2016	28%	28%	16%	9%	3%	4%	1%	9%	2%
INSA	19.10.2016	26%	31%	13%	12%	4%	4%	1%	6%	3%
Infratest	09.12.2016	34%	26%	15%	9%	5%	3%	=	6%	2%
Infratest	16.03.2017	27%	33%	14%	9%	4%	3%	=	7%	3%
Infratest	06.04.2017	30%	33%	12%	9%	4%	3%	=	7%	2%
Infratest	20.04.2017	31%	33%	12%	9%	4%	3%	=	5%	3%
FGW	27.04.2017	32%	30%	12%	9%	5%	3%	=	6%	3%
Infratest	27.04.2017	32%	31%	12%	8,5%	4,5%	3%	=	6%	3%
INSA	29.04.2017	33%	29%	12%	10%	5%	4%	–	5%	2%
FGW	04.05.2017	32%	29%	12%	11%	4,5%	3%		6%	2,5%

Quelle: [www.wahlrecht.de](http://www.wahlrecht.de)



## Keine echte Wechselstimmung

Gleichfalls gab es aber auch keine echte Wechselstimmung, keine mehrheitliche Neigung zu einer anderen Koalitionskonstellation. Die Arbeit des Ministerpräsidenten erhielt auch bei den Oppositionsparteien ein verhalten positives Echo.

"Ministerpräsident Torsten Albig macht seine Sache eher gut"							
alle	Anhänger der ...						
	CDU	SPD	Grüne	FDP	SSW	AfD	LINKE
59%	42%	87%	82%	35%	65%	26%	79%

www.heute.de / FGW

Andere Koalitionsoptionen wurden von den Befragten ebenfalls nicht erkennbar mehrheitlich bevorzugt, im Gegenteil. Folgt man den Umfragen, so werden die Schleswig-Holsteiner auf jeden Fall eine Regierungskoalition bekommen, die sie mehrheitlich nicht wollten und wahrscheinlich einen Ministerpräsidenten, den sie ebenfalls eher nicht bevorzugten.

Eine Koalition aus ... finden		
	gut	schlecht
CDU+SPD	38%	44%
CDU+Grüne+FDP	35%	45%
SPD+Grüne+FDP	25%	48%

www.heute.de / FGW

## Allgemeine Stimmung: „Uns geht es gut, aber wir profitieren nicht“

Beurteilung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage					
	2000	2005	2009	2012	2017
gut	48%	17%	23%	48%	75%
schlecht	49%	82%	76%	50%	23%

Infratest dimap, www.tagesschau.de

Die Zufriedenheit der wahlberechtigten Bevölkerung bzw. ihres repräsentativ befragten Teils mit der wirtschaftlichen Lage war so hoch wie sehr lange

nicht. 75% äußerten sich zufrieden mit der allgemeinen wirtschaftlichen Lage.

Wirtschaftliche Lage im Vergleich mit anderen westdeutschen Bundesländern		
	2017	2012
besser	16%	14%
gleich	37%	50%
schlechter	43%	32%

Infratest dimap, www.tagesschau.de

Sollte die Lage im eigenen Land mit der in anderen westdeutschen Ländern verglichen werden, fiel das Urteil allerdings etwas differenzierter aus. Statt 32% meinten nun 43%, dass Schleswig-Holstein im Vergleich zu anderen westdeutschen Bundesländern schlechte dastehe.

Die eigene wirtschaftliche Lage wird noch deutlich besser beurteilt als die allgemeine, ein

<b>Beurteilung der persönlichen wirtschaftlichen Lage</b>				
	Eigene wirtschaftliche Lage		Profitieren Sie vom Wirtschaftswachstum?	
	gut	schlecht	ja	nein
alle	83%	17%	40%	57%
<b>Wähler und Wählerinnen der ...</b>				
CDU	85%	15%	48%	50%
SPD	85%	15%	40%	57%
Grüne	92%	8%	46%	52%
FDP	89%	11%	47%	48%
AfD	74%	26%	14%	85%

aus vorherigen Wahltagsbefragungen bekanntes Phänomen. Infratest fragte in Schleswig-Holstein zudem, ob man persönlich vom Wirtschaftswachstum profitiere. Dies wiederum verneinte eine Mehrheit. Auffällig dabei ist, dass 74% der AfD-Anhänger ihre eigene wirtschaftliche Lage als gut bezeichnete und gleichzeitig 85% verneinten, vom Wirtschaftswachstum zu profitieren.

Infratest dimap, www.tagesschau.de

<b>Geht es in Deutschland gerecht zu?</b>		
	gerecht	ungerecht
2009	48	50
2017	50	38
<b>Parteiwähler 2017:</b>		
CDU	72	26
SPD	59	37
Grüne	65	31
FDP	65	35
AfD	20	80

Deutlich mehr befragte Personen in Schleswig-Holstein als 2009 sind 2017 der Meinung, dass es in Deutschland gerecht zugehe. Auch hier bilden die AfD-Wähler die extreme Ausnahme.

Angesichts dieser Umfrage-Ergebnisse dürfte die Annahme, dass die AfD vor allem von den „Verlierern“ und „Abgehängten“ gewählt wird, so nicht zu halten sein bzw. muss sie präzisiert werden. Die AfD-Anhänger bezeichnen wie die Bevölkerung insgesamt, wenn auch weniger ausgeprägt, ihre persönliche Lage als gut, finden aber, dass es in Deutschland ungerecht zu geht und sie nicht vom Wirtschaftswachstum profitieren. Das Grundgefühl besteht offenbar nicht so sehr darin, zu den Verlierern zu gehören, sondern vom wachsenden Kuchen nicht das abzukommen, was einem „eigentlich“ zustehen würde.

Infratest dimap, www.tagesschau.de

## WAHLENTSCHEIDENDE THEMEN

Die Flüchtlingspolitik, mithin das gesellschafts- und bundespolitische Thema, welches die Landtagswahlen 2016 geprägt hatte, spielte in Schleswig-Holstein nur eine untergeordnete Rolle. Die Landesregierung traf mit ihrem Abschiebestopp für Flüchtlinge aus Afghanistan mehrheitlich auf Zustimmung. Nur bei den Anhängern der AfD zählte die Flüchtlingspolitik zu den (vier) wahlentscheidenden Themen, bei den Anhängern anderer Parteien tauchte sie nicht an vorderster Stelle auf. Möglicherweise war aber das Thema „Innere Sicherheit“, welches für CDU- und FDP-Anhänger wichtig war, auch von Furcht vor einer mit der Zuwanderung steigenden Kriminalität infiziert.

	Umgang der Landesregierung mit Flüchtlingen		"Die Flüchtlingszahl sollte begrenzt werden"		"Flüchtlinge sind eine Bereicherung für unser Land"	
	zufrieden	unzufrieden	stimme zu	stimme nicht zu	stimme zu	stimme nicht zu
alle	62%	36%	62%	36%	64%	33%
CDU	53%	45%	77%	21%	56%	40%
SPD	76%	24%	51%	47%	78%	20%
Grüne	79%	19%	41%	57%	83%	16%
FDP	51%	43%	78%	21%	42%	55%
AfD	19%	81%	94%	6%	14%	86%

www.tagesschau.de (Infratest dimap)

Wahlentscheidende Themen							
	Alle	Wähler und Wählerinnen der ...					
		CDU	SPD	Grüne	FDP	SSW	AfD
soziale Gerechtigkeit	42%	24%	63%	50%	27%	48%	33%
Wirtschaft und Arbeit	40%	53%	34%	21%	52%	29%	28%
Schule und Bildung	31%	34%	29%	29%	31%	43%	
Umwelt und Energie	19%		17%	59%		19%	
Innere Sicherheit		23%			21%		51%
Flüchtlinge							58%

www.tagesschau.de (Infratest dimap)

Flüchtlinge und ihre Integration zählten nur für 15% der Befragten zu den wichtigsten Problemen im Land, die gegenüber den Interviewern der Forschungsgruppe Wahlen genannt wurden. Landespolitische Thema, Fragen von Schule (G8/G9), von Bildung, von Verkehr und Zustand der Straßen rangierten weit vorne.

Die wichtigsten Probleme		Parteikompetenzen			
			CDU	SPD	Grüne
Schule/Bildung	33%	Schule/Bildung	35%	25%	
Verkehr	30%	Verkehr	38%	17%	
Flüchtlinge/Integration	15%	Flüchtlingspolitik	27%	27%	
Infrastruktur	12%	Soziale Gerechtigkeit	21%	39%	
Erneuerbare Energien	8%	Arbeitsplätze	39%	27%	3%
		Energiepolitik	19%	12%	42%
		Zukunft	33%	28%	5%

FGW / www.heute.de

Bei den „wichtigsten Problemen“ werden der CDU die höheren Kompetenzwerte zugewiesen als der SPD. Ein ähnliches Bild zeichnet die Frage von Infratest dimap nach den „wahlentscheidenden Themen“ (s.o.) und den Kompetenzen der Parteien.

Kompetenzen der Parteien					
	CDU	SPD	Grüne	FDP	LINKE
Kriminalitätsbekämpfung	45%	28%			
für gute Straßen sorgen	45%	28%			
Wirtschaft	44%			9%	
Bildungspolitik	38%	36%		5%	2%
Soziale Gerechtigkeit		46%			7%
Familienpolitik		41%	12%		4%
Arbeitsplätze		41%			
Umweltpolitik			66%		
Energiepolitik			49%		
Integration voranbringen			16%		5%
Haushalts- und Finanzpolitik			9%	6%	

www.tagesschau.de (Infratest dimap)

Nur eine Minderheit der Parteiwähler gab an, aus „langfristiger Parteibindung“ anstatt aus personellen (Kandidat) oder sachlichen (Programm) Gründen die Wahlentscheidung getroffen zu haben. Eine Mehrheit der Wähler aller Parteien traf die Entscheidung nach eigenen Angaben aus „Überzeugung“ für diese Wahlentscheidung, nur eine Minderheit gab ab, die aktuelle Wahlentscheidung aus Enttäuschung über andere Parteien getroffen zu haben. Die Ausnahme bilden die Anhänger der AfD.

Wahl erfolgt aus:	CDU	SPD	Grüne	FDP	SSW	AfD	LINKE
langfristige Parteibindung wichtig	25%	28%	18%	15%	22%	4%	
Entscheidung aus Überzeugung	75%	74%	75%	63%	58%	31%	50%
Entscheidung aus Enttäuschung	19%	20%	20%	31%	33%	60%	40%

www.tagesschau.de (Infratest dimap)

Das im Vergleich zu vorherigen Landtagswahlen niedrige Wahlergebnis der AfD erklärt w-möglich, dass der Anteil der Wahlentscheidungen, die aus Überzeugung getroffen wurden, relativ hoch ist. Die AfD war für enttäuschte Wählerinnen und Wähler weniger attraktiv, insbesondere weil bundespolitische Themen eine geringere Rolle spielten. Bemerkenswert ist weiterhin der hohe Anteil von AfD-Wählern, die der Ansicht sind, die Partei grenze sich nicht ausreichend gegenüber Rechtsextremen ab, die diese Partei aber trotzdem wählen. Sie wissen, wen sie wählen.

Ansichten über die AfD	alle	AfD-Wähler
"Distanziert sich nicht genug von rechtsextremen Positionen."	88%	<b>54%</b>
"Versteht besser als andere Parteien, dass sich Viele nicht mehr sicher fühlen."	35%	97%
"Ich finde es gut, dass sie den Einfluss des Islam in Deutschland verhindern will."	31%	90%
"Ich finde es gut, dass sie den Zuzug von Ausländern stärker begrenzen will."	25%	97%
"Ist zu zerstritten, um ernsthaft Politik mitgestalten zu können."		34%

Infratest dimap, www.tagesschau.de

"Versteht besser als andere Parteien, dass sich Viele nicht mehr sicher fühlen."	
SH 2017	35%
SL 2017	38%
BE 2016	42%
MV 2016	50%
ST 2016	56%
RP 2016	42%
BW 2016	46%

Deutlich niedriger, aber immer noch relativ hoch, liegt der Anteil derjenigen unter den Befragten, die der AfD ein besseres Verständnis für die Gefühle der Verunsicherung in der Bevölkerung zuschreiben als den anderen Parteien.

Infratest dimap, www.tagesschau.de

## WER WÄHLTE WEN? AUSKÜNFTEN DER NACHWAHLBEFRAGUNGEN

Die Wahlentscheidung von Frauen und Männern unterscheidet sich vor allem bei den kleineren Parteien. FDP und AfD werden stärker von Männern als von Frauen gewählt, bei den Grünen verhält es sich umgekehrt. Die Union ist bei den unter 30jährigen (FGW-Zahlen) bzw. den unter 35jährigen (Infratest-Zahlen) um zehn Prozentpunkte schwächer als im Durchschnitt, bei den über 60 Jährigen, vermutlich genauer bei den über 70jährigen umgekehrt stärker. Die jüngeren Wählerinnen und Wähler wählen in höherem Maße kleine Parteien. Hiervon profitierte auch 2017 noch die Piratenpartei, aber auch für die Linke setzt sich ein Tendenz aus den vergangenen Landtagswahl fort, wonach den Verlusten (gemessen an 2009) bei den über 45jährigen erkennbare Gewinne bei den unter 30jährigen gegenüberstehen. Allerdings schlägt sich das kaum im Gesamtergebnis nieder, weil die Jüngeren ein zahlenmäßig kleineres Elektorat bilden.

Wahlentscheidung nach Geschlecht und Alter								
	CDU	SPD	FDP	Grüne	LINKE	SSW	PIR	AfD
Frauen	34	27	9	15	3	3	1	4
Männer	33	27	12	10	4	3	2	7
unter 30	23	25	9	16	6	4	4	5
30-44	31	24	10	12	5	4	2	8
45-59	32	29	10	15	3	3	1	6
über 60	42	29	12	10	2	2	1	3
Forschungsgruppe W.								
Alle	33	26	12	13	4	3		6
Frauen	33	27	11	16	3	3		4
Männer	33	26	13	11	4	3		7
16-24 Jahre	23	25	10	19	7	3		5
25-34 Jahre	25	24	10	13	7	5		8
35-44 Jahre	32	23	11	14	4	5		7
45-59 Jahre	31	27	11	16	3	4		6
60-69 Jahre	33	29	13	13	3	3		4
70 u. älter	47	27	14	7	1	2		3
Infratest dimap								

Für die Wahlentscheidung von Erstwählern gilt dies entsprechend, wobei die Zustimmung für die Grünen hier nochmals höher ausfällt.

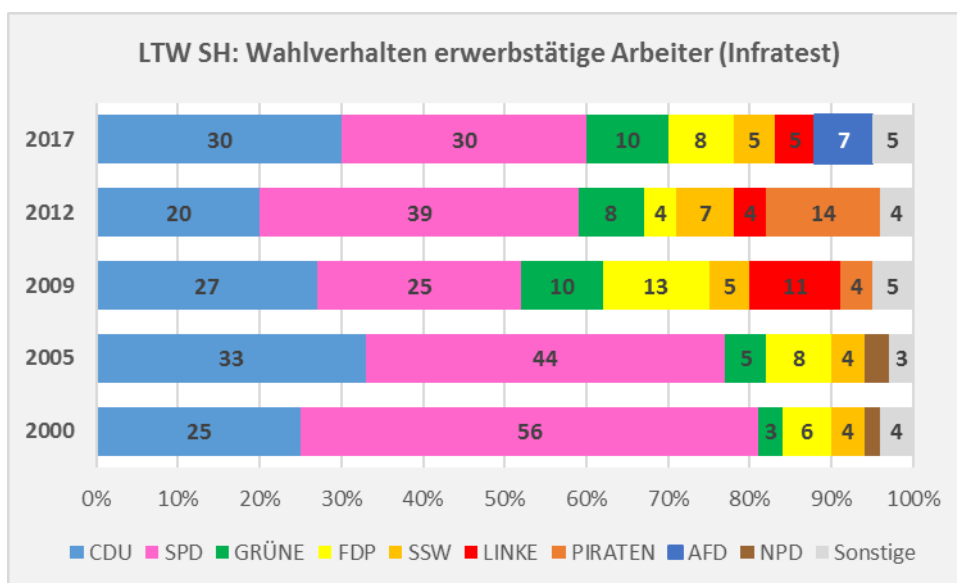
	CDU	SPD	FDP	Grüne	LINKE	SSW	AfD
<b>Erstwähler</b>	23%	26%	10%	20%	7%	3%	4%

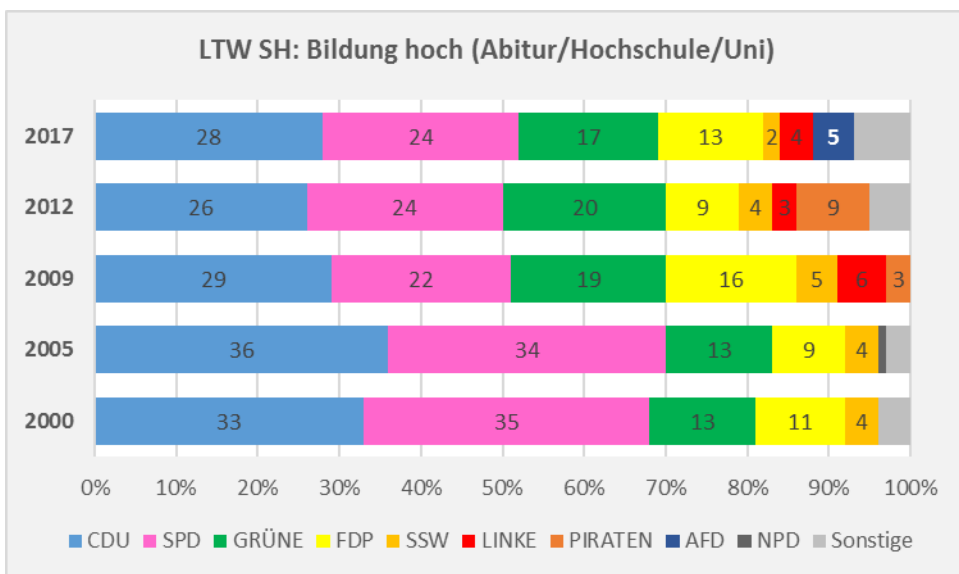
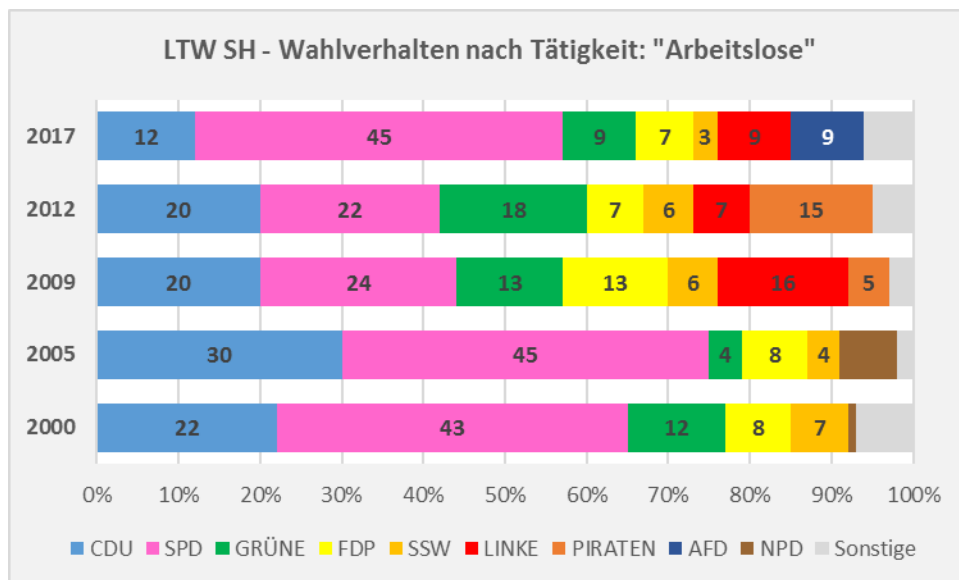
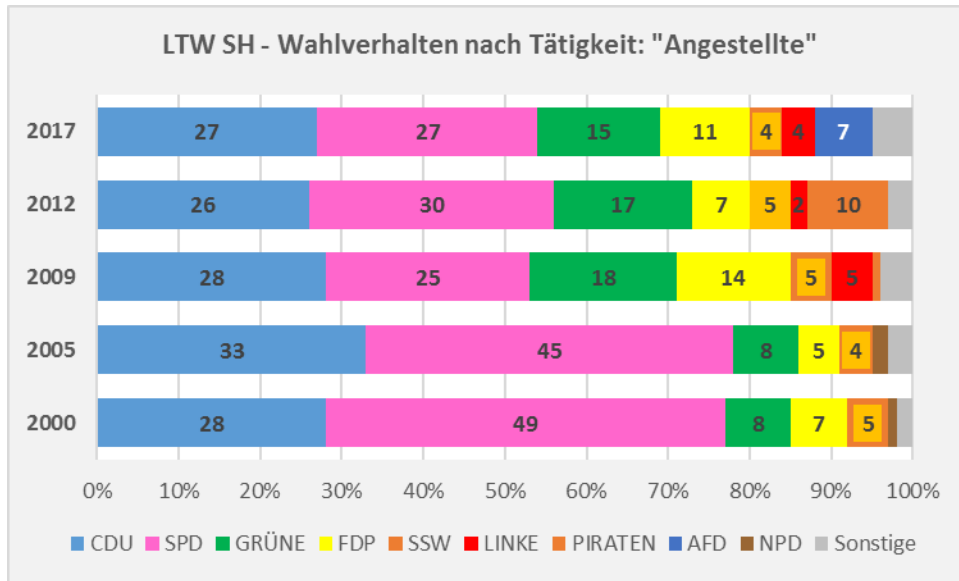
Infratest dimap, www.tagesschau.de; 21:00

Bei den Daten zur Wahlentscheidung nach den sozialen Merkmalen Tätigkeit, Beruf und Bildung ist die unterschiedliche Kategorisierung der beiden Umfrageinstitute zu beachten. Die Forschungsgruppe Wahlen unterscheidet bei den Berufsgruppen nicht nach dem Erwerbsstatus, in der Berufsgruppe „Arbeiter“ sind auch die verrenteten und arbeitslosen Arbeiter enthalten. Infratest dimap wiederum unterscheidet die „Tätigkeit“ als Arbeiter von der des Angestellten usw. und weist Rentner und Arbeitslose gesondert aus.

Wahlentscheidung nach Sozialen Merkmalen: Beruf, Tätigkeit, Bildung								
	CDU	SPD	FDP	Grüne	LINKE	SSW	PIR.	AfD
<b>Nach Beruf</b>								
Arbeiter	30	34	8	8	4	4	2	8
Angestellte	33	29	10	13	3	3	2	5
Beamte	41	25	13	13	2	2	1	3
Selbstständige	39	16	17	14	3	2	1	7
<b>Nach Bildungsabschluss</b>								
Hauptschulabschluss	35	36	8	7	2	4	0	6
mittlere Reife	35	27	10	11	4	3	2	7
Abitur	30	23	11	18	5	3	2	5
Hochschulabschluss	32	23	12	20	4	2	2	4
Forschungsgruppe Wahlen								
	CDU	SPD	FDP	Grüne	LINKE	SSW	PIR.	AfD
<b>Nach Tätigkeit</b>								
Alle	33	26	12	13	4	3		6
Arbeiter	30	30	8	10	5	5		7
Angestellte	27	27	11	15	4	4		7
Beamte								
Selbstständige	43	13	21	13	1	3		6
Rentner	40	28	13	10	2	3		5
Arbeitslose	12	45	7	9	9	3		9
<b>Nach Bildung</b>								
Einfache Bildung	35	34	9	8	3	3	6	
Hohe Bildung	28	24	13	17	4	3	5	
Infratest dimap								

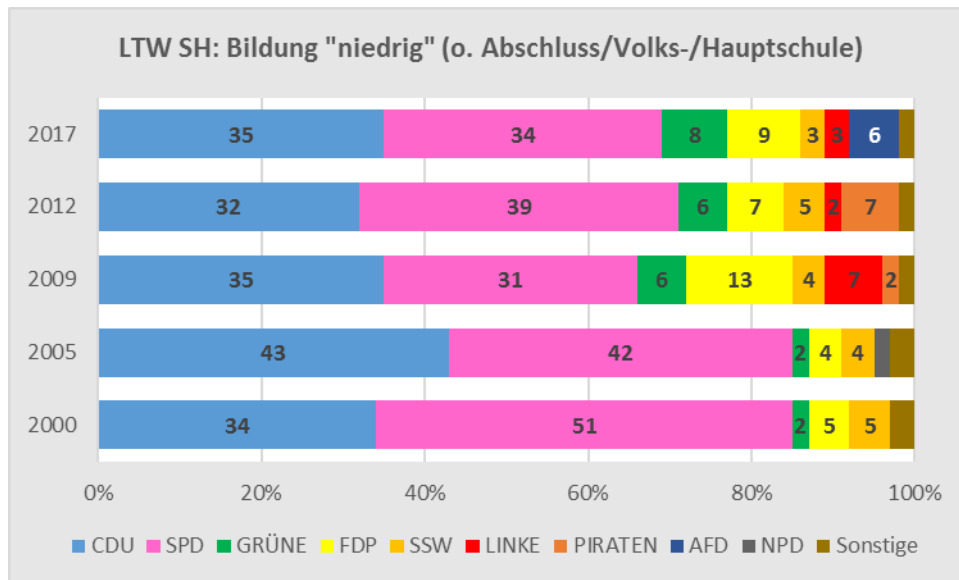
Im Unterschied zu den Landtagswahlen 2016 fällt die überdurchschnittliche Zustimmung für die AfD unter Arbeitern und Wahlberechtigten mit mittleren Bildungsabschlüssen in Schleswig-Holstein deutlich geringer aus. CDU und SPD erhalten hier relativ hohe Zustimmungswerte. Allerdings zeigt ein Vergleich über mehrere Wahlen, dass diese sozialen Gruppen, erwerbstätige Arbeiter und Personen mit Hauptschulabschluss und mittlerer Reife, schon seit einigen Wahlen zwischen verschiedenen Parteien schwanken bzw. immer mal wieder eine andere (kleine) Partei bevorzugen, um sich Gehör zu verschaffen. Hiervon profitierte die Linkspartei 2009 und die Piratenpartei 2012.



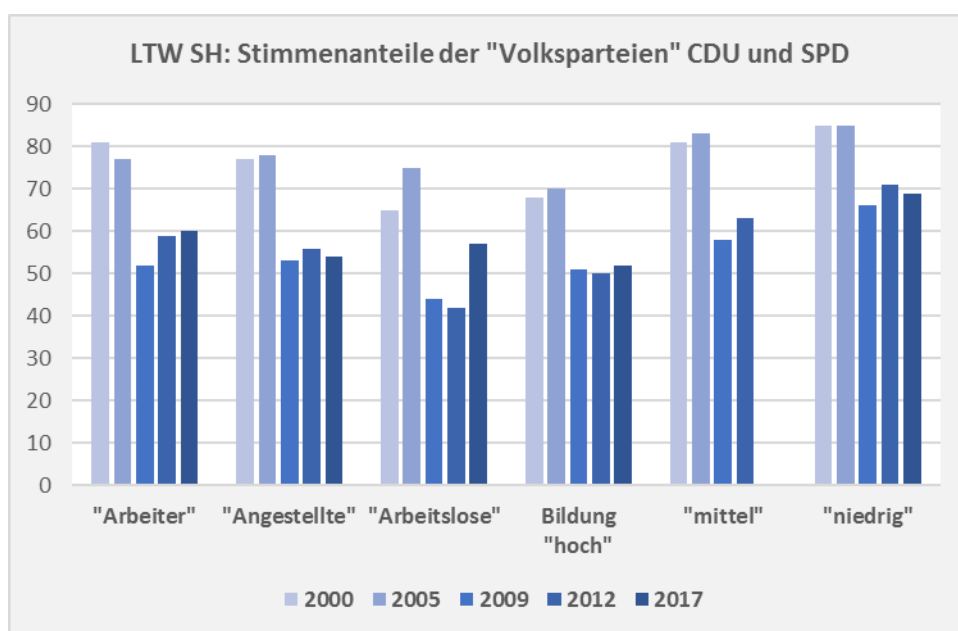




Die berufstätigen Arbeiter und Angestellten haben sich zwischen 2005 und 2009 von den beiden Volksparteien gelöst. Statt 77% wählten 2009 bei der Landtagswahl nur noch 52% der Arbeiter CDU oder SPD (Angestellte: 78% - 53%). Bei den Angestellten führte dies vor allem zu einem stabilen Erstarren der Grünen. Arbeiter hingegen wandten sich verstärkt der FDP und der Linkspartei zu (2009), 2012 dann der Piratenpartei. Aktuell fand eine verstärkte Rückkehr zu SPD und CDU statt. Ähnlich verläuft die Bewegung, blickt man auf die Bildungsabschlüsse.



In Schleswig-Holstein kann bei Landtagswahlen nicht die Rede davon sein, dass erwerbstätige Arbeiter, die sich an Wahlen beteiligen, zunehmend kleinere oder „extreme“ Parteien wählen würden. Es macht sich vielmehr eine Tendenz der Rückkehr zu den beiden großen Parteien bemerkbar. Es sind eher Angestellte und Wahlberechtigte mit hohen Bildungsabschlüssen, die sich von den beiden großen Parteien abwenden. Vor allem die Grünen scheinen ein gefestigtes Wähler-Milieu herausgebildet zu haben.



## AUSGEWÄHLTE WÄHLERWANDERUNGEN

Datenbasis: Vorläufige Wanderungssalden von Infratest dimap, Berechnungsstand 23:00

Die AfD gewinnt ihre Stimmen zu gut 60% bei den „Anderen“, den kleinen, nicht gesondert ausgewiesenen Parteien (incl. Piratenpartei, Die Linke, SSW). 14% waren 2012 nicht an der Wahl beteiligte, 13% hatten 2012 die CDU gewählt.

Herkunft der AfD-Stimmen		
CDU	10.000	13%
SPD	5.000	7%
Grüne	1.000	1%
FDP	3.000	4%
Nichtwähler	11.000	14%
Andere	46.000	61%
Summe	76.000	100%

Infratest dimap, [www.tagesschau.de](http://www.tagesschau.de), 23:00

Die SPD verliert 28.000 Stimmen an die CDU und 15.000 an die FDP, weitere 5.000 an die AfD. Die wesentliche Abwanderung findet als zu Parteien rechts von der SPD statt. Nur 2.000 Stimmen gehen im Saldo an die Grünen verloren, von den „anderen“ Parteien (incl. Piratenpartei, Die Linke, SSW) gewinnt die SPD im Saldo 8.000 Stimmen. Die Regierungstätigkeit der SPD hat somit nicht zu erkennbaren Verlusten nach links geführt.

Die Union gewinnt rund 58.000 Stimmen unter ehemaligen Nichtwählern, man darf annehmen: 2012 enttäuscht zu Hause gebliebenen Unionswählern. Daneben gibt es Gewinne von der SPD und den Grünen (5.000), aber Verluste an die AfD (10.000) und an die FDP (9.000).

Die Grünen gleiche ihre eher geringen Verluste an andere Parteien (je 5.000 an CDU und FDP) durch entsprechende Gewinne bei Nichtwählern wieder aus.

Die FDP gewinnt am stärksten bei der SPD (15.000) und Nichtwählern (16.000), auch bei den „anderen“ Parteien (11.000).

Bei allen Zahlen der Wählerwanderung handelt es sich um vorläufige Berechnungen und Salden, die keine Auskunft über die tatsächlichen Bewegungen von Wählerinnen und Wählern zwischen den Parteien geben.

### »Wahlbericht«

Die »Wahlbericht« sind ein Projekt von Benjamin-Immanuel Hoff und Horst Kahrs. Sie erscheinen seit der Europawahl 2004 zu Landtags-, Bundestags- oder Europawahlen. Die jeweiligen Autoren geben ihre persönliche Meinung wieder.

Die Analysen entstehen in der jeweiligen Wahlnacht und basieren auf den zu diesem Zeitpunkt vorliegenden eigenen Erkenntnissen und vor allem der Wahlberichterstattung von Infratest dimap für die ARD und der Forschungsgruppe Wahlen für das ZDF. Das Zustandekommen der Umfrageergebnisse und ihre methodologische Basis ist für die Autoren der »Wahlbericht« nicht überprüfbar, auf die Einhaltung der üblichen wissenschaftlichen Standards wird vertraut. Insofern stehen die Bewertungen in den Wahlberichten unter diesem Vorbehalt.

Ältere Ausgaben der Wahlbericht sowie weitere Texte zu Wahlen, Struktur und Entwicklung der Wähler/innenschaft etc. finden sich u.a. hier:

<http://www.benjamin-hoff.de>; <http://www.horstkahrs.de>;

<https://www.rosalux.de/staatdemokratie/parteienwahlanalysen.html>

Der Autor: *Horst Kahrs* ist Sozialwissenschaftler, arbeitet zu den Themen Klassen und Sozialstruktur, Demokratie und Wahlen und ist am Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Lohn und Brot. Kontakt: [Horst.Kahrs@rosalux.org](mailto:Horst.Kahrs@rosalux.org).